

## **Vermeiden statt Recyceln: Aushöhlung der Abfallhierarchie stoppen – Klima schützen!**

Vor dem Hintergrund aktueller Verpackungsmarktdaten fordert der Verband Pro Mehrweg die Politik auf, endlich Maßnahmen zur Erreichung der gesetzlichen Mehrwegquote umzusetzen

Düsseldorf 21. April 2020 | „Trotz der aktuellen zum Teil existentiellen Herausforderungen der Getränkebranche, dürfen wir die essentiellen Entwicklungen im Getränkemarkt nicht aus den Augen verlieren“, fordert Günther Guder, geschäftsführender Vorstand des Verbandes Pro Mehrweg. Bei der Auswertung aktueller Verpackungsmarktdaten von 2019 falle auf, dass im insgesamt rückläufigen Biermarkt die Dose ein Wachstum von 12,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr aufweise. Dadurch erreiche die Dose jetzt einen Marktanteil von 8,9 %. „Damit wächst ausgerechnet das Gebinde, das doppelt so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht wie eine Glas-Mehrwegflasche. Das läuft allen Bemühungen um mehr Klimaschutz entgegen“.

Bei der Betrachtung der Absatzstätten falle zudem auf, dass die 0,5-l Dose im Discounterbereich um mehr als 30 % zulege. Dabei werde nicht einfach nur eine andere Verpackung bei einer anderen Einkaufsstätte verkauft, sondern es finde ein struktureller Wandel im Biermarkt statt. „Das schädigt nicht nur die Umwelt, sondern kostet auch regionale Arbeitsplätze in Brauereien und Getränkemarkten“, erläutert Guder. „Die Mehrwegquote im Biermarkt beginnt zu bröckeln und bislang schaut die Politik tatenlos zu“. Einem begrüßungswerten leichtem Zuwachs von Glas-Mehrweg im Mineralwassermarkt im vergangenen Jahr stehe unverändert die Einweg-Dauerdumping-Preisstrategie der Discounter bei Mineralwasser gegenüber. Dabei sehe die gesetzlich verankerte Abfallhierarchie getreu dem Grundsatz „Vermeidung vor Verwertung“ eine klare Bevorzugung von Mehrweggebinden vor.

Der Verband Pro Mehrweg fordere daher die Politik auf, einen konkreten Fahrplan mit wirksamen Maßnahmen vorzulegen, um die im Verpackungsgesetz vorgesehene Mehrwegquote von 70 Prozent zu erreichen. „Wir begrüßen die vom Bundesrat im März geforderte Ausweitung der Bepfandung und eine Kennzeichnung auf dem Produkt. Aber auch die Diskussion um eine zusätzliche Abgabe von 0,20 € je Einwegverpackungen gehört auf die Agenda“ stellt Guder klar. „Es geht um klare und verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Darüber hinaus geht es aber auch um rund 150.000 Arbeitsplätze, die mit dem Mehrwegsystem in Deutschland verbunden sind.“